

## Arbeiterparteien und Räte in der bayerischen Räterepublik

Vor 1914 bildete Bayern die äußerste Peripherie der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Obwohl sich die ersten Arbeiterorganisationen in Bayern schon in den 1860ern gegründet hatten, blieben die Organisationen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Bayern bis zum Weltkrieg weitgehend auf die drei großstädtischen Zentren Nürnberg, Augsburg und München und deren Umland konzentriert. Große Teile der Provinz blieben bis 1918 außerhalb der Reichweite der sozialistischen Bewegung. Der Hauptgrund dafür war die relative industrielle Rückständigkeit des Landes, die die soziale Basis der Arbeiterbewegung beschränkte. Die bayerische SPD war vor 1914 eine Hochburg des rechten Flügels der Bewegung in Deutschland. Der Landesvorstand der SPD in Bayern verfolgte frühzeitig eine dezidiert staatstragende und schon frühzeitig „volksparteilich“ orientierte Politik, die sich bewusst vom Kurs der preußischen und sächsischen Partei abgrenzte.<sup>1</sup>

Die Räterepublik von 1919 scheint auf den ersten Blick in keinem erkennbaren Zusammenhang mit den Traditionen der bayerischen Arbeiterbewegung zu stehen. An ihrer Spitze standen – neben etlichen Arbeitern, die im öffentlichen Gedenken lange vergessen wurden – einige Schriftsteller und Intellektuelle, die über lange Zeit das Bild prägten, das man sich von dieser Räterepublik machte.<sup>2</sup> Deshalb wurde diese über Jahrzehnte als ein Gebilde betrachtet, das mit der „eigentlichen“ Arbeiterbewegung in Bayern wenig zu tun hatte. Sie sei, so die vorherrschende These, das Werk weniger Bohemiens und Intellektueller – für die stellvertretend Ernst Toller, Gustav Landauer, Erich Mühsam und deren Umfeld standen.<sup>3</sup> Diese Sichtweise wird durch neuere Forschung stark relativiert. Schon in den späten 1980ern hat Michael Seligmann in seiner Studie über den „Aufstand der Räte“ in Bayern nachgewiesen, dass die Räterepublik tatsächlich das Produkt eines breiteren Radikalisierungsprozesses in substanziellen Teilen der bayerischen Arbeiterschaft war.<sup>4</sup>

---

1 Siehe Heinrich Hirschfelder, *Die bayerische Sozialdemokratie 1864- 1914*. 2 Bd., Erlangen 1979; Karl Heinrich Pohl, *Der Sondercharakter der bayerischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg*. In: Mehringer/Krauss/Ostermann/Krämer (Hg.), *Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892-1992*. München 1992, S. 20–33; ders., *Die Münchner Arbeiterbewegung. Sozialdemokratische Partei, Freie Gewerkschaften, Staat und Gesellschaft in München 1890-1914*, München u.a. 1992.

2 Wirkungsmächtig sind bis heute zwei Autobiographien: Ernst Toller, *Eine Jugend in Deutschland*, Amsterdam 1933; Oskar Maria Graf, *Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis*, München 1927.

3 Jüngst hat Volker Weidermann dieses Klischee neu belebt: ders., *Träumer – als die Dichter die Macht übernahmen*, Köln 2017. Er ist freilich Literaturkritiker und kein Historiker.

4 Siehe Michael Seligmann, *Aufstand der Räte*, Grafenau 1989; dazu auch Georg Kalmer, *Die*

Neuere Forschungen über die Revolution in der Provinz bestätigen dieses Bild.<sup>5</sup>

Die bayerische Räterepublik bietet ein instruktives Fallbeispiel anhand dessen sich das Verhältnis zwischen Räten, Parteien und Gewerkschaften in der Revolution von 1918/19 exemplarisch studieren lässt.

## **Eisner und der bayerische Sonderweg im Herbst 1918**

Das bayerische Königshaus wurde schon am 7. November 1918 gestürzt. Eine relativ kleine Gruppe von entschiedenen Kriegsgegnern um den ehemaligen sozialdemokratischen Redakteur Kurt Eisner, jetzt USPD, nutzten an diesem Tag eine gemeinsame Friedenskundgebung von MSPD und USPD für einen Aufruf zum Aufstand, der die Unterstützung der Münchener Garnison fand. Binnen weniger Stunden befand sich die Landeshauptstadt unter der Kontrolle der Revolutionäre, die umgehend den „Freien Volksstaat Bayern“ proklamierten.

Eisner bildete am folgenden Tag die erste Revolutionsregierung. Sein Kurs in München wich deutlich von der Politik des Rates der Volksbeauftragten in Berlin ab.<sup>6</sup> Eisner – selbst ein gebürtiger Berliner – betonte in seinen ersten Erklärungen nach dem Umsturz stark die politische Eigenständigkeit Bayerns gegenüber Berlin. Er hielt eine föderale Neugestaltung des Reichs für notwendig um sein entscheidendes Ziel, eine fundamentale Demokratisierung Deutschlands durchzusetzen. Im Unterschied zu den MSPD-Führern im Berliner Rat der Volksbeauftragten lehnte Eisner die Zusammenarbeit mit den Repräsentanten des alten Militärs ab.

Eisner sah die entstehenden Räte als notwendige Organe einer kommenden „tätigen Demokratie“, die breiten Schichten des Volkes die aktive Beteiligung an den Staatsangelegenheiten ermöglichen würden. Er unterstützte den flächendeckenden Aufbau von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten in Bayern, um den zu erwartenden Widerstand der alten Staatsbürokratie gegen die beabsichtigte Demokratisierung zu überwinden. Deshalb bestanden in Bayern im Herbst und Winter 1918/19 außergewöhnlich günstige Bedingungen für die Entwicklung der Arbeiter- und Soldatenräte. Bayern war die einzige Region in Deutschland, wo sich daneben auch flächendeckend Bauernräte entwickelten.

Eisner wurde als maßgeblicher Initiator des Aufstands vom 7. November Ministerpräsident. Seine Partei, die Münchener USPD, war allerdings im Herbst 1918

---

„Massen“ in der Revolution 1918/19. Die Unterschichten als Problem der bayerischen Revolutionsforschung, Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 1971 Nr. 34, S. 316–357; Peter Kritzer, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923, München 1969.

<sup>5</sup> Jüngst hat sich vor allem Günter Baumgartner um die Erforschung der Revolution verdient gemacht. Er wird die Ergebnisse seiner jahrelangen Archivforschungen – die erstmals sämtliche Landkreise Bayerns erfassen – in einem monumentalen vierbändigen Werk veröffentlichen, das ab 2019 unter dem Titel „Die bayerische Revolution 1918/19 in Stadt und Land“ erscheint. Der Verfasser dankt ihm für die Möglichkeit, Teile des noch unveröffentlichten Werks vorab einzusehen.

<sup>6</sup> Siehe Bernhard Grau, Kurt Eisner. 1867-1919. Eine Biographie, München 2001.

in Bayern wesentlich kleiner als die MSPD. Die MSPD war zunächst Hauptprofiteurin des Umsturzes. Vor allem in jenen Regionen Bayerns, in denen es zuvor noch überhaupt keine Arbeiterparteien gegeben hatten, sprießten im Herbst und Winter etliche neue Ortsvereine aus dem Boden.<sup>7</sup> In den entstehenden Arbeiterräten dominierte die MSPD deutlich. Eisner glaubte, dass es nach dem Ende des Krieges keine Alternative zur Wiedervereinigung der gespaltenen Arbeiterbewegung gab und hoffte, dass sich auch der bisherige Kurs der MSPD korrigieren ließe. Deshalb lud er deren Führer schon am Tag nach dem Umsturz in seine Regierung ein. Seine mehrheitssozialdemokratischen Kabinettskollegen versuchten – ähnlich wie in Berlin – von Anfang an, Eisners Kurs zu durchkreuzen und die Befugnisse der Räte einzudämmen.<sup>8</sup>

Am 12. Januar fanden die ersten Wahlen zum bayerischen Landtag nach der Revolution statt. Diese Wahlen offenbarten, wie schwach die Basis für Eisners Politik war. Die USPD kam in Bayern nur auf 2,5 % der Stimmen, gegenüber 33 % der MSPD. Selbst in München, dem Zentrum des Umsturzes im November, lag die MSPD mit rund 47 % der Stimmen weit vor der USPD, die auch hier nur 5 % erzielte. Die bürgerlichen Parteien gewannen zusammen die Mehrheit der Sitze im Landtag. Die Führer der MSPD begannen mit ihren Sondierungen bei den bürgerlichen Parteien über eine künftige Regierung. Mitte Februar erklärte sich Eisner zum Rücktritt bereit und das Experiment eines bayerischen Sonderwegs schien damit schon beendet.

## Die zweite Revolution

Am 21. Februar wurde Kurt Eisner ermordet, als er auf dem Weg zum Landtag war um seinen Rücktritt zu erklären. Mit diesem Attentat begann in Bayern die „zweite Revolution“, eine weitgehend spontane Bewegung der Arbeiterschaft. Viele Arbeiter fürchteten, dass der Mord den Auftakt für weitere Angriffe der Gegenrevolution bilden würde und demonstrierten ihre Entschlossenheit zur Verteidigung der Revolution.

Die „zweite Revolution“ dauerte nur wenige Tage und ihre unmittelbaren politischen Ergebnisse waren weniger beeindruckend als der Umsturz vom November 1918. In Bezug auf ihre Breite und Militanz übertraf die Bewegung im Februar 1919 den Umsturz vom November allerdings deutlich. In ganz Bayern traten Arbeiter in einen mehrtägigen Generalstreik. Die Beerdigung Eisners wurde durch die bis dahin größte Demonstration seiner Geschichte und in praktisch allen Orten in der bayerischen Provinz gab es wütende Protestdemonstrationen und nicht selten offene Unruhen der Arbeiterschaft. In etlichen Ortschaften besetzten Arbeiter die Rathäuser, vielerorts setzten die örtlichen Räte kurzerhand

<sup>7</sup> In vergleichender Perspektive siehe Baumgartner, Die bayerische Revolution in Stadt und Land [erscheint ab 2019]. Bislang dazu: Martin Müller-Aenis, Sozialdemokratie und Rätebewegung in der Provinz. Schwaben und Mittelfranken in der Revolution 1918-1919, München 1986; Baumann/Ay, Die Revolution von 1918/19 in der Provinz, Konstanz 1996.

<sup>8</sup> Georg Köglmeier, Die zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. Legitimation, Organisation, Funktion, München 2001, v.a. S. 63-72.

die bürgerlich dominierten Gemeindegremien ab oder verhafteten kurzerhand bekannte Bürger, die sie verdächtigten, die Konterrevolution zu unterstützen. Lokale Räte stellten zahlreiche bürgerliche Zeitungen unter Zensur, weil diese Hetze gegen Eisner und die Revolution unterstützt hätten.<sup>9</sup> Auch die MSPD schloss sich überall den Protesten an und führte sie in vielen kleineren Städten, in denen es weder die USPD noch die KPD gab.

Während der zweiten Revolution änderten sich Charakter und Zusammensetzung der Räte in vielen Städten deutlich: Als sich die Räte im November 1918 konstituiert hatten, wurden sie in der Regel direkt auf Vorschlag der örtlichen Gewerkschaftsvorstände und/oder Arbeiterparteien eingesetzt. In den größeren Städten waren die Arbeiterräte oft paritätisch aus USPD und MSPD zusammengesetzt. Dort, wo die USPD noch gar nicht existierte, war der lokale Rat nicht selten personengleich mit dem Vorstand der örtlichen MSPD.<sup>10</sup>

Mit der zweiten Revolution änderte sich das. In vielen Orten wählten die Arbeiter die bestehenden Räte Ende Februar ab oder lösten sie – wenn sie bislang vom Bürgertum dominiert waren – zwangsweise auf. Manchmal spaltete sich ein vormals vereinter „Volksrat“ in der zweiten Revolution in einen „Arbeiterrat“ und einen „Bürgerrat“ bzw. „Volksrat“. Auch die parteipolitischen Kräfteverhältnisse in den Räten änderten sich: In manchen kleineren Ortschaften beschlossen MSPD und USPD auf lokaler Ebene Ende Februar die Vereinigung der beiden Parteien, um der gegenrevolutionäre Bedrohung gemeinsam entgegenzutreten, in anderen nahm der Einfluss der MSPD gegenüber der USPD (und in einigen Fällen auch der KPD)<sup>11</sup> ab. Dadurch gewannen die Arbeiterräte und auch manche „Volksräte“ vielerorts einen deutlicher proletarischen Charakter als zuvor und auch eine größere politische Unabhängigkeit gegenüber den Vorständen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften.<sup>12</sup> Wenn die Räte in der ersten Phase der Revolution vielerorts de facto als verlängerter Arm der lokalen MSPD fungierten, so spielten sie ab Ende Februar

---

<sup>9</sup> Siehe dazu Seligmann, *Aufstand*, S. 80-81. Zur lokalen Umsetzung z.B. Wilhelm Deffner, *Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Augsburg von 1864 bis 1933*. S. 206-207.

<sup>10</sup> Martin Müller-Aenis, *Sozialdemokratie und Rätebewegung in der Provinz*, a.a.O., S. 105-106; Gerd Müller, *Arbeiterleben und Arbeiterbewegung in der Oberpfalz 1848-1919*, Theuern 1988, S. 271. Die Entstehung des Nürnberger Arbeiterrats beschreibt Klaus Dieter Schwarz, *Weltkrieg und Revolution in Nürnberg*, Stuttgart 1971, S. 286. Er bemerkt hierbei, dass 23 von 25 Vertretern der MSPD im Nürnberger Arbeiterrat entweder hauptamtliche Parteifunktionäre oder Abgeordnete, d.h. Berufspolitiker waren.

<sup>11</sup> Zur Rolle der KPD im Volksrat Kolbermoor siehe Christa Landgrebe, *Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im südostbayerischen Raum. Eine Fallstudie am Beispiel Kolbermoor*, München 1980, S. 136-149; siehe auch Müller, *Arbeiterleben und Arbeiterbewegung*, S. 271.

<sup>12</sup> Etliche Beispiele hierfür finden sich in Baumgartner, *Die bayerische Revolution in Stadt und Land*. Eine wesentliche Ausnahme bildete Nürnberg. Hier hatte die MSPD schon im Dezember 1918 die Vorherrschaft in einem ursprünglich paritätisch aus USPD und MSPD gebildeten Rat gewonnen und behielt diese Kontrolle bis zum Ende der Räte bei. Schwarz, *Weltkrieg und Revolution in Nürnberg*, S. 286.

1919 eine unabhängigere Rolle. Auch die Spitzengremien der Räte in Bayern wurden neu gewählt.<sup>13</sup>

Faktisch übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte in München und etlichen kleineren Ortschaften schon Ende Februar vorübergehend die Macht.<sup>14</sup> Die zweite Revolution war trotzdem kein offener Aufstand gegen den Landtag: Das Hauptziel der rebellierenden Arbeiter bestand in der Sicherung der Räte und der Unterdrückung der Konterrevolution, nicht im Sturz des Parlaments. Als die Führung der MSPD an ihre Anhänger appellierte, die alten Gemeindegremien wieder einzusetzen und die Zensur bürgerlicher Zeitungen aufzuheben, zogen sich die Räte wieder aus den Rathäusern und den Zeitungsredaktionen zurück. Die zweite Revolution verebbte nach einer Woche ohne greifbare Resultate.

Nach dem Ende dieser Bewegung steckte Bayern in einer schweren politischen Krise: Das Land befand sich in einem regierungslosen Zustand, weil der Landtag wegen einer Schießerei während einer Sitzung<sup>15</sup> auseinandergelaufen war ohne eine neue Regierung zu wählen. Die zentralen Rätegremien forderten jetzt ein Mitspracherecht bei der Regierungsbildung und Sicherheiten gegen neue Angriffe der politischen Rechten. Der Landtag – der in München über keine feste Basis mehr hatte, durch die Wucht der Protestbewegung eingeschüchtert war und über keine zuverlässige bewaffnete Macht verfügte – ließ sich angesichts der Lage auf Verhandlungen mit den Räten ein.

## Räte und Landtag

Wenige Tage nach dem Mord an Eisner versammelte sich in München der Kongress der Bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, um über die Lösung der Krise zu beraten.<sup>16</sup> Auf diesem Kongress verfügte die MSPD nach wie vor über eine relativ solide Mehrheit. Doch innerhalb ihrer Reihen zeigten sich die Folgen der zweiten Revolution deutlich. Ein Antrag der radikalen Linken auf sofortige Ausrufung der Räterepublik wurde zwar am ersten Kongresstag mit  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit abgelehnt. Andererseits bestand eine der ersten Amtshandlungen des Kongresses darin, dass er sich kurzerhand zur obersten gesetzgebenden Gewalt in Bayern erklärte.

---

<sup>13</sup> Köglmeier, Die zentralen Rätegremien, S. 400-405.

<sup>14</sup> Seligmann, Aufstand der Räte, S. 83-85; Baumgartner, Die bayerische Revolution in Stadt und Land, 2019; Deffner, Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Augsburg, S. 206-207.

<sup>15</sup> Der Metzger Alois Lindner, Mitglied des linksradikalen „Revolutionären Arbeiterrat“ in München, schoss kurz nach dem Attentat auf Eisner im Sitzungssaal des Landtags den Führer der MSPD, Erhard Auer, nieder und tötete einen anderen Abgeordneten. Lindner verstand seine Tat als Racheakt für Eisner. Auer überlebte schwer verletzt.

<sup>16</sup> Zum Folgenden siehe: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Vom 25. Februar bis 8. März 1919 in München, Glashütten im Taunus 1974 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe München 1919). Eine zusammenfassende Analyse dieses Kongresses liefern Peter Kritzer, Die bayerische Sozialdemokratie, S. 96-99 und Seligmann, Aufstand, S. 97-104.

Die Mehrheit der Delegierten wollte dennoch keinen offenen Bruch mit dem Landtag riskieren. Zugleich misstraute sie den bürgerlichen Parteien, die den Landtag dominierten. Sie verlangten eine formelle Anerkennung der Befugnisse der Räte, die deren langfristige Existenz und Einfluss sichern sollten. Die Spitze der MSPD spielte während des Kongresses ein riskantes Spiel: Sie machten ihrer eigenen Basis auf dem Rätekongress in München Zugeständnisse und suchten gleichzeitig in Nürnberg eine Verständigung mit den bürgerlichen Landtagsfraktionen, die sich stellenweise bereits öffentlich für die Abwicklung der Räte aussprachen.

Die MSPD-Führung handelte einen Kompromissvorschlag aus, dem der Rätekongress mit großer Mehrheit zustimmte: MSPD, USPD und Bauernbund sollten die neue Regierung unter Ausschluss aller anderen Parteien bilden. Der Landtag sollte vorerst nur im Einvernehmen mit den zentralen Rätegremien einberufen werden dürfen. Vorerst sollte er sich auf eine einzige Sitzung zur Wahl eines sozialistischen Ministeriums beschränken, um den regierungslosen Zustand zu beenden. Dieses Ministerium sollte anschließend mit außerordentlichen Vollmachten, das hieß vorerst ohne den Landtag regieren. Der Rätekongress forderte für die Zukunft ein Mitspracherecht der Räte bei der Gesetzgebung und gesetzliche Kontrollrechte der Räte gegenüber den Behörden und Gemeindevertretungen. Über die künftigen Befugnisse der Räte sollte - „sobald die Verhältnisse es gestatten“ – ein Referendum entscheiden. Nachdem der Rätekongress diese Forderungen dem Landtag übermittelt hatte, erzwangen die bürgerlichen Fraktionen im Landtag von den Delegierten weitere Zugeständnisse. Die Führung der MSPD hatte auf dem Rätekongress erhebliche Schwierigkeiten, Zustimmung für diesen stark verwässerten Kompromiss, dem so genannten „Nürnberger Kompromiss“, zu bekommen. Am Ende war es nur noch die Furcht vor einem offenen Bürgerkrieg, die die Delegierten des Kongresses dazu bewegte, zuzustimmen.

## **Radikalisierung und Krise der MSPD**

Der Nürnberger Kompromiss hatte einem Teil der Arbeiter, zunächst vor allem in der USPD, von Anfang an erhebliches Unbehagen verursacht. Die Münchener USPD distanzierte sich noch vor dem Ende des Rätekongress offiziell von diesem Verhandlungsergebnis.<sup>17</sup> Die Entwicklung der kommenden Wochen verstärkte dieses Unbehagen. Die bürgerlichen Parteien wollten mit dem Kompromiss in erster Linie Zeit gewinnen. Wie mit den Räten vereinbart trat der Landtag am 17. März zusammen und wählte die neue Regierung unter Johannes Hoffmann (MSPD). Die gleiche Sitzung beschloss das vorläufige Staatsgrundgesetz, das entscheidende Fragen, die die künftigen Rechte der Räte betrafen, bereits im Sinne der bürgerlichen Parteien präjudizierte, bevor auch nur über den Termin des angekündigten Referendums diskutiert wurde. Als die Minister der neuen Regierung am selben Tag auf sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen ihr Programm vorstellen wollten, schlug ihnen bereits scharfe Kri-

---

<sup>17</sup> Seligmann, *Aufstand der Räte*, S. 104–105

tik entgegen.<sup>18</sup> Kurze Zeit später brüskierte Johannes Hoffmann die bayerischen Räte in der Debatte um die Sozialisierung, indem er deren Forderungen nach Sozialisierung systematisch torpedierte.<sup>19</sup> Spätestens Ende März formierte sich in Bayern eine regelrechte „Räterepublik-Bewegung“, eine Bewegung, die nicht mehr nur defensiv auf die Verteidigung bestimmter Rechte der Räte abzielte, sondern auf die Übertragung der politischen gesamten Macht durch die Räte.

Im Zentrum dieser Bewegung stand die Münchener USPD. Aber auch in der MSPD fand der politische Radikalisierungsprozess einen deutlichen Niederschlag. Die Parteibasis entglitt zusehends der Kontrolle der Vorstände.

Der entscheidende Impuls für die Räterepublik kam schließlich aus Augsburg: Hier forderte eine mehrheitssozialdemokratische Parteiversammlung am 2. April von den Parteiführern von MSPD und USPD die sofortige Ausrufung der Räterepublik. Zwei Tage später proklamierten die Augsburger Räte den politischen Generalstreik, um diese Forderung durchzusetzen.<sup>20</sup>

Kurz darauf wählten die Mitglieder der Münchener MSPD in einer Mitgliederversammlung ihren bisherigen Vorstand ab und ersetzten ihn durch einen neuen, der eine Annäherung an die USPD befürwortete. Unmittelbar danach beriet eine Gaukonferenz der MSPD in Südbayern über zwei Anträge, die sich mit der Frage der Räterepublik befassten: Die große Mehrheit der Delegierten lehnte den ersten Antrag zu deren bedingungsloser Unterstützung ab – aber über 90 % votierten für einen zweiten Antrag, der sich für die Beteiligung der MSPD an der Räterepublik unter der einzigen Voraussetzung aussprach, dass sich die beiden anderen Arbeiterparteien auch daran beteiligen würden.<sup>21</sup>

Der Landesvorstand der MSPD berief eine Landeskonferenz in Nürnberg ein, die den Beschluss der südbayerischen Konferenz umgehend kassierte und sich mit 47: 6 Stimmen Mehrheit gegen die Räterepublik aussprach – die Ergebnisse dieser beiden Konferenzen zeigen, dass sich die MSPD innerhalb Bayerns regional stark ungleich entwickelte: Die nordbayerischen Parteiorganisationen tendierten eher zur Politik der Regierung Hoffmann, während die südbayerischen Parteilgruppen zunehmend in Opposition zu dieser gerieten und Kurs auf die Räterepublik nahmen.<sup>22</sup> Die starken Sympathien, die die Räterepublik im April 1919 in den Reihen der südbayerischen MSPD genoss, waren ein ausschlaggebender Faktor bei der Ausrufung der Räterepublik.

Nachdem in München drei Tage lang in etlichen Massenversammlungen und Funktionärskonferenzen über die Forderung der Augsburger Arbeiter diskutiert

---

<sup>18</sup> Kolb Die Arbeiterräte, S. 335-336.

<sup>19</sup> Seligmann, Aufstand der Räte, S. 107.

<sup>20</sup> Ernst Niekisch, Gewagtes Leben, Köln 1958, S. 63-64.

<sup>21</sup> Kalmer, Die „Massen“ in der Revolution 1918/19, a.a.O., hier: S. 325-329; Kritzer, Die bayrische Sozialdemokratie, S. 107-110.

<sup>22</sup> Zur Situation in der Nürnberger MSPD Anfang April siehe Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, S. 322-325.

worden war, beschloss am Abend des 5. April eine Versammlung aus Vertretern verschiedener Räteorganisationen und Funktionären der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die „Räterepublik Baiern“ auszurufen. An dieser Versammlung nahmen auch zwei amtierende Minister der Bamberger Regierung teil – und das sorgte in der Folge für enorme Konfusion.<sup>23</sup>

## **Wer unterstützte die Räterepublik?**

Als die Versammlung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre am 5. April die Ausrufung der Räterepublik beschloss, reagierte sie damit auf eine Massenstimmung, die sich in wichtigen Teilen der Arbeiterschaft entwickelte. Diese Stimmung entwickelte sich allerdings in der Arbeiterbewegung höchst ungleich. Erhebliche Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften lehnten die Ausrufung der Räterepublik nach wie vor ab.

Den stärksten Rückhalt hatte die Räterepublik in Südbayern, im südlichen und südöstlichen Umland Münchens, daneben auch in Augsburg und Teilen des Allgäus. Hier schlossen sich zahlreiche größere und kleinere Ortschaften der Räterepublik an. In Franken war die Resonanz auf die Räterepublik deutlich schwächer. Die Arbeiterräte in Nürnberg, dem traditionell stärksten Organisationszentrum der bayerischen Sozialdemokratie, sprachen sich ausdrücklich gegen die Räterepublik aus. Auch große Teile der Nürnberger USPD folgten dem Kurs der MSPD-Führung. Ähnlich sah es in einigen anderen fränkischen Zentren wie etwa Bamberg oder Bayreuth aus und ebenso in weiten Teilen Niederbayerns, der Oberpfalz und Nordschwabens. Dieser Umstand zeigt, dass im die regionalen Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung eine fast ebenso große Rolle spielten wie die parteipolitischen Konflikte zwischen den Arbeiterparteien. Zwar riefen auch in Franken Arbeiter- und Soldatenräte in einigen Städten – so in Fürth, Würzburg und Lohr – die Räterepublik aus, aber in den meisten Fällen wurden diese Beschlüsse schon nach kurzer Zeit unter dem Druck der Regierung Hoffmann wieder revidiert.<sup>24</sup>

---

<sup>23</sup> Es handelte sich um Ernst Schnepfenhorst von der MSPD, den amtierenden Minister für militärische Angelegenheiten und Johann Wutzlhofer vom Bauernbund, den Landwirtschaftsminister. Ernst Niekisch, der Vorsitzende des Zentralrats der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von Bayern, war auf dieser Versammlung persönlich anwesend. Er behauptet in seiner Autobiographie *Gewagtes Leben*, S. 66-67, darüber hinaus, dass ihm am 5. April sämtliche Landesminister mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Hoffmann selbst und des Innenministers Endres schriftliche Erklärungen über ihren Rücktritt zugeschickt hätten!

<sup>24</sup> Seligmann, *Aufstand der Räte*, Abb. 75 und 78 führt für ganz Franken insgesamt 17 Städte an, in denen die Räterepublik „zeitweilig anerkannt worden ist“. Aber nur in Schweinfurt und Hof scheint sie länger als drei Tage Bestand gehabt zu haben. Die amtliche Darstellung des Kriegsgeschichtlichen Forschungsamts der Reichswehr über „Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern“ S. 18-22 erwähnt dagegen nur Würzburg und Fürth als einzige fränkische Städte, die sich der Räterepublik angeschlossen hätten, während Schweinfurt nach dieser Darstellung niemals offiziell die Räterepublik proklamiert habe. Die Differenz zwischen diesen beiden Darstellungen zeigt die Schwierigkeiten, klar zu definieren, was „Ausrufung der Räterepublik“ für verschiedene Beobachter bedeuten konnte. Das Forschungsamt interessierte sich für Städte, in denen Arbeiter potenziell oder tatsächlich militärischen Widerstand gegen die Weißen Truppen leistete,

Die Bauern – im Jahr 1919 noch knapp die Hälfte der bayerischen Bevölkerung – standen der Räterepublik mehrheitlich mindestens indifferent, oft auch offen feindselig gegenüber. Der linke Flügel des Bauernbundes unterstützte die Räterepublik zwar, aber er repräsentierte nur eine kleine Minderheit der Bauern: Diejenigen Bauernbündler, die sich für die Räteregierung aussprachen, waren auf den Bauernversammlungen politisch rasch isoliert.<sup>25</sup>

Die Räterepublik von 1919 war viel mehr als eine rein „Münchener Räterepublik“ aber doch deutlich weniger als eine gesamt-, „bayerische“ Räterepublik. Genau genommen war sie ein Zusammenschluss mehrerer Dutzend lokaler Räterepubliken, die über das Land verstreut waren und in ihrem Überleben von der Entwicklung in der Landeshauptstadt abhingen.

## Die erste und zweite Räterepublik

Treibend bei der Ausrufung der Räterepublik war die Münchener USPD. Wichtige Teile der Münchener MSPD und der freien Gewerkschaften unterstützten diesen Schritt. Die KPD distanzierte sich von diesem Unternehmen zunächst, teilweise deshalb, weil sie eine isolierte Räterepublik nicht für überlebensfähig hielt und das Risiko einer militärischen Intervention der Reichsregierung realistischer einschätzte als die Führung der USPD, teilweise auch, weil sie den Motiven der beteiligten Funktionäre der MSPD misstraute. Ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft der MSPD in München lehnte die Räterepublik ebenfalls nach wie vor ab. Eine Mitgliederbefragung in der Münchener MSPD am 11. April ergab, dass die Münchener Parteiorganisation ziemlich genau in der Mitte zwischen Befürwortern und Gegner der Räterepublik gespalten war.<sup>26</sup> Die Ausrufung der Räterepublik führte nicht zur Einigung der Münchener Arbeiterschaft, wie es ihre Befürworter erhofft hatten. Stattdessen setzte sich der Konflikt über diese Frage in den Betrieben fort. Die führenden Funktionäre von MSPD und Gewerkschaften distanzieren sich auch in München von der Räterepublik und die KPD versuchte die Unzufriedenheit vieler Arbeiter in den großen Betrieben zu benutzen, um die Räteregierung zum Rückzug zu zwingen. Die erste Woche der Räterepublik brachte viele hitzige Diskussionen, aber nur wenige greifbare Ergebnisse.

Das Leben Münchens änderte sich zunächst weniger als man angesichts der zahlreichen Proklamationen der Räteregierung hätte vermuten können. Die Arbeit in den Betrieben ging weiter. Die Versorgungslage der Stadt verbesserte

---

Seligmann listet dagegen auch bloße Proklamationen der Räte auf, die später wieder ohne direkte militärische Intervention der Reichswehr revidiert wurden. Das war in kleineren Städten z.B. in Oberfranken der Fall, die z.T. von örtlichen Einwohnerwehren erobert wurden oder gar keine Kämpfe sahen.

<sup>25</sup> Siehe dazu z.B. Gerhard Hetzer, Bauernräte und Bauernbündler 1918-1920. Überlegungen zu Bayerisch-Schwaben. In: Baumann/Hoser (Hg.), Die Revolution von 1918/19 in der Provinz. Konstanz 1996, S. 21–46.

<sup>26</sup> Knapp die Hälfte der gut 7.000 Beteiligten sprach sich in der Urabstimmung für die weitere Mitarbeit der MSPD an der Räterepublik aus, nur eine hauchdünne Mehrheit von 19 Genossen dagegen. Kolb, Die Arbeiterräte, S. 350/351.

sich nicht - sie verschlechterte sich vielmehr bald, weil die Bauern des Umlandes in einen Lieferstreik traten und die Regierung Hoffmann eine Verkehrsblockade über München verhängte. Selbst erklärte Gegner der Revolution wurden zunächst kaum behelligt, obwohl die Räteregierung ein Revolutionstribunal einrichtet hatte, um gegenrevolutionäre Umtriebe einzudämmen.

Am 13. April, Palmsonntag, putschte die Republikanische Schutztruppe gegen die Räteregierung, verhaftete den Großteil ihrer Mitglieder und verschleppte sie aus der Stadt. Der Putsch wurde mit Unterstützung der Regierung Hoffmann und führender Funktionäre der Münchener MSPD durchgeführt. Auch außerhalb Münchens putschten verschiedene Einwohnerwehren oder Volkswehren in dieser Nacht gegen die örtlichen Räte.

Dieser so genannte Palmsonntagputsch endete in München in einem politischen Desaster für die Bamberger Regierung. Die Putschisten stießen auf unerwarteten starken Widerstand bewaffneter Räteanhänger. Aus kleinen Scharmützeln entwickelten sich binnen weniger Stunden erbitterte Gefechte zwischen Anhängern und Gegnern der Räterepublik, die insgesamt 21 Tote forderten. Am Ende musste die Republikanische Schutztruppe aus München fliehen.<sup>27</sup>

Der Sieg über die Putschisten verlieh den Anhängern der Räterepublik in München enormen Rückenwind. Viele Arbeiter waren mit der Ausrufung der Räterepublik nicht einverstanden gewesen. Aber nur wenige von ihnen befürworteten deren gewaltsamen Sturz. Die zuvor bereits deutlich bröckelnde Basis der Räterepublik stabilisierte und erweiterte sich nach der Niederlage der Putschisten. Tausende Münchener Betriebsräte, die zehntausende Arbeiter repräsentierten, verlangten in einer Massenversammlung im Hofbräuhaus die Bildung einer neuen Räteregierung.

Erst unter dem Druck dieser Stimmung beschloss auch die KPD in München, sich an der erneuerten Räterepublik zu beteiligen. Die Betriebsräte wählten die Vertreter der KPD umgehend in die oberste Führung der neuen Räterepublik, den Vollzugsausschuss. Die zweite Räterepublik wird häufig als „kommunistische Räterepublik“ bezeichnet, weil die KPD in ihren führenden Gremien eine prominente Rolle einnahm. Allerdings war diese Räterepublik keine kommunistische Parteidiktatur, wie ihre Gegner häufig unterstellten. Die KPD stellte zwar 3 von 5 Mitgliedern im Vollzugsausschuss - aber der Vollzugsausschuss selbst war in all seinen Beschlüssen vollständig auf die aktive Unterstützung der Betriebsräte angewiesen, die weiterhin täglich im Hofbräuhaus auf Massenversammlungen mit Tausenden von Beteiligten über den Kurs der Räterepublik diskutierten. Unter den Münchener Betriebsräten hatten auch unter der zweiten Räterepublik die MSPD und die USPD nach wie vor wesentlich mehr Vertreter als die KPD. Der Aktionsausschuss, das erweiterte Führungsgremium der Räterepublik, das gewissermaßen das Scharnier zwischen Betriebsräteversammlung und Vollzugsausschuss bildete, umfasste neben den Vertretern der KPD ebenfalls ei-

---

<sup>27</sup> Ausführlich bei Seligmann, *Aufstand der Räte*, S. 509-520.

ne Mehrheit von Arbeitern, die der USPD oder der MSPD angehörten oder „parteilos“ waren.<sup>28</sup>

## Die politische und militärische Niederlage der Räterepublik

Der Palmsonntagsputsch festigte zwar die Position der Räterepublik in München selbst, verstärkte aber zugleich die Isolation der Hauptstadt vom übrigen Land. In einer Reihe von bayerischen Städten wurden am Palmsonntag lokale Räteregierungen gestürzt. Das Einflussgebiet der zweiten Räterepublik beschränkte sich danach nur mehr auf München und sein engeres Umland sowie Teile Süd- und Südostbayerns. Nördlich der Donau hatte die Räterepublik allen Einfluss verloren. Die Augsburger Räte sagten sich offiziell von München los, als die Bamberger Regierung versprach, die Lebensmittelversorgung in der Stadt zu verbessern. Allerdings leistete ein Teil der Räteanhänger in Augsburg für einige weitere Tage Widerstand gegen anrückende Truppen der Regierung Hoffmann.

Mit dem Scheitern des Putsches legte die Bamberger Regierung jede Zurückhaltung bei der militärischen Mobilisierung gegen München ab. Die Lage der Räterepublik war trotz des Sieges in München aussichtslos: Am Ende rückten rund 35.000 Weiße Truppen, darunter ein großer Anteil professionell ausgebildeter Militärs, auf München vor. Gegen diese Truppenmassen waren auch die etwa 10-12.000 Freiwilligen, die die Räteregierung eilig für die neu gebildete „Rote Armee“ rekrutierte, militärisch chancenlos.<sup>29</sup>

Dazu kam die wirtschaftliche Isolation Münchens, die Lieferstreiks der Bauern und die Blockade der Verkehrswege, die letzten Endes allesamt Symptome der zunehmenden politischen Isolation der Räteregierung waren. Diese Probleme ließen sich in München nicht lösen.

Die Münchner Räteregierung sondierte von Anfang an Möglichkeiten für einen kampflosen Rückzug. Aber Reichswehrminister Gustav Noske untersagte den anrückenden Reichswehrtruppen ausdrücklich politische Verhandlungen zum Rücktritt der Räteregierung. Deren Anhänger hatten keine Aussicht, die anrückenden Gegner zu schlagen und zugleich keine Möglichkeit mehr zu einem auch nur halbwegs sicheren Rückzug. Sie beschlossen, den offensichtlich unvermeidlichen Kampf lieber zu führen als sich kampflos der zu erwartenden Rache der Weißen Truppen auszuliefern.<sup>30</sup>

Die Rote Armee und eiligst mobilisierte Arbeitermilizen aus den Münchener Großbetrieben schlugen am 16. April die Weißen Truppen bei Dachau zurück.

<sup>28</sup> Siehe detaillierte Statistiken bei Köglmeier, Die zentralen Rätégremien, S. 356-357; Kolb, Die Arbeiterräte, S. 352.

<sup>29</sup> Hillmayr, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, München 1974, S. 73-78.

<sup>30</sup> Zu den Erwägungen der führenden Kommunisten in München siehe Rosa Meyer-Leviné, Leben und Tod eines Revolutionärs, Frankfurt/Main 1974 S. 119-121; Paul Frölich, Im radikalen Lager, Berlin 2013, S. 200.

Das blieb der einzig nennenswerte militärische Erfolg. Am 23. April brachten die Weißen Truppen Augsburg unter ihre Kontrolle. Die wenigen Ortschaften in Südbayern, die nun noch zur Räterepublik standen, fielen fast alle schon vor München an die Weißen.<sup>31</sup> Als die bevorstehende Niederlage bereits unübersehbar war, sprachen die Betriebsräte dem Vollzugsausschuss am 27. April das Misstrauen aus und zwangen ihn zum Rücktritt. Damit war auch das Ende der Beteiligung der KPD an der Führung der Räterepublik gekommen. An Stelle des alten Vollzugsausschusses trat ein neu gewähltes Gremium, dessen einziger Auftrag darin bestand, die Bedingungen der Kapitulation der Räterepublik zu verhandeln. Der größte Teil der Roten Armee löste sich unter dem Eindruck dieser Stimmung einfach auf ohne zu kämpfen.<sup>32</sup>

Als die Weißen Truppen am 1. Mai in München einrückten, stießen sie kaum mehr auf organisierten Widerstand. Auf die Eroberung Münchens folgte eine zwei Wochen dauernde Kampagne des „Weißen Terrors“ - willkürliche Verhaftungen von Tausenden von Räteanhängern, standrechtliche Erschießungen von Hunderten von Räterepublikanern. Auf den weißen Terror folgte der juristische Rachefeldzug gegen die Räterepublik. Auf den Trümmern der Räterepublik wurde in den folgenden Monaten das Fundament der „Ordnungszelle Bayern“ errichtet, einer Polizeidiktatur mit dünner parlamentarischer Fassade, die nicht zufällig zum Geburtsort des deutschen Faschismus wurde.<sup>33</sup>

Die bayerische Räterepublik war Produkt eines elementaren Radikalisierungsprozesses in der bayerischen Arbeiterschaft. Ihre Geschichte zeigt, wie komplex die Prozesse der politischen Radikalisierung in der Revolution 1918/19 mitunter waren. An der Basis der bayerischen Arbeiterbewegung vollzogen sich über die Parteigrenzen hinweg im Frühjahr 1919 komplizierte und oftmals chaotische Prozess der Diskussion und Verständigung. Im November 1918 folgte die überwältigende Mehrheit der organisierten Arbeiter in Bayern der Führung der MSPD. Dass ein erheblicher Teil dieser Arbeiter fünf Monate später die Räterepublik unterstützte, war eine Folge eines Lern- und Erfahrungsprozesses mit der Politik der MSPD und der bürgerlichen Parteien. Die bayerische Räterepublik war gewiss in Teilen ein Produkt illusionärer Hoffnungen. Sie war zugleich aber auch das Ergebnis einer großen und historisch wahrscheinlich unvermeidlichen Enttäuschung vieler Sozialdemokraten über die Politik ihrer Partei.

---

<sup>31</sup> Zum Verlauf des Feldzugs der Weißen Truppen in Bayern siehe: Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern, S. 54–68. Der letzte Stützpunkt der Räterepublik, der von den weißen Truppen eingenommen wurde, war Kolbermoor, eine oberbayerischen Kleinstadt mit großer Textilindustrie. Hier leisteten die Räterepublikaner bis zum 3. Mai, das heißt über die Eroberung Münchens hinaus, bewaffneten Widerstand. Siehe dazu Otto Kögl, *Revolutionenkämpfe im südostbayerischen Raum*, Rosenheim 1969.

<sup>32</sup> Siehe dazu Hillmayr, *Roter und Weißer Terror*, S. 120–158.

<sup>33</sup> Die Geschichte der Arbeiterbewegung, speziell der kommunistischen Bewegung, in den folgenden Jahren wird erzählt in Sebastian Zehetmair, *Im Hinterland der Gegenrevolution. Die KPD in der „Ordnungszelle Bayern“ 1920–1923*, die im Laufe des Jahres 2019 erscheinen wird.